

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Athen auf neuem Kurs?

Thema

Außenpolitik einer Provinz?
Geopolitische Bedeutung
Griechenland und der Nahe Osten

Streitplatz

Ukrainekrise

Historie

Deutsch-griechische Beziehungen

WeltBlick

CELAC-Gipfel in Costa Rica
Israel nach den Wahlen

Kommentar

Matthias Platzeck zum 8. Mai

ISSN 0944-8101 | 4,80 €



4 191574 104808



4

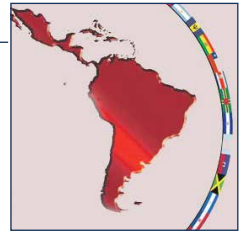
Weckruf

Appell an Bundesinnenminister de Maizière

6

WeltBlick

- 6 Israel nach den Wahlen
Angelika Timm
- 11 CELAC-Gipfel in Costa Rica
Roland Benedikter und Georg W. Göschl



13

Briefe aus ...

Bergen und Sanaa

16

Zwischenruf: Die BRD in der NATO

Erhard Crome



22

Athen auf neuem Kurs?

- 24 Außenpolitik einer europäischen Provinz?
Alexandros-Andreas Kyrtsis
- 29 Europa und die griechische Außenpolitik
Panayiotis C. Ioakimidis
- 35 Griechisch-türkische Beziehungen
Panayotis Tsakonas
- 40 Griechenland und der Balkan
Jens Bastian
- 45 Griechenland und der Nahe Osten
Thanos Dokos



WeltSichten: Wir sind für Europa!

50

Im Gespräch mit Euklid Tsakalotos

Historie: Neuanfang mit Geburtsfehlern

55

Hagen Fleischer

Abgelichtet: Zum Beispiel Kommeno

60

Thorsten Haselbauer



Streitplatz: Ukrainekrise

62

Neutrale Ukraine – warum nicht? 62
Werner Ruf

Pyrrhussieg des Westens? 65
Hans-Heinrich Nolte

VIP: Alexander Hug, Beobachter in der Ukraine

68

Angela Unkrüer



Buch des Monats

70

Hubert Thielicke

Briefe an die Redaktion

72

Kommentar: Zum Tag der Befreiung

74

Matthias Platzek

Wort und Strich

76

Mehr deutsche Verantwortung für eine menschliche Flüchtlingspolitik!

Appell an Bundesinnenminister Thomas de Maizière

Bereits im vergangenen Jahr haben nach UNHCR-Angaben mehr als 3.000 Menschen, die sich auf der Flucht befanden, allein auf dem Mittelmeer ihr Leben verloren. In den letzten Tagen wurden wir einmal mehr Zeugen einer absehbaren Katastrophe, vor der Flüchtlingsorganisationen und Wissenschaftler lange gewarnt haben. Die Situation in den Hauptherkunftsländern und der Mangel an legalen Zugangswegen nach Europa lassen erwarten, dass auch in den kommenden Wochen und Monaten viele Flüchtlinge diese gefährliche Route antreten werden. Die Anerkennungsraten zeigen, dass es sich hier um Personen handelt, die zu nahezu 100 Prozent als Flüchtlinge anerkannt werden, aber keine sicheren, legalen Zugangsmöglichkeiten erhalten.

Deutschland ist wie die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Artikel 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Grundlage des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge gebunden, Schutzsuchenden entsprechend Asyl zu gewähren. Artikel 19(2) der Grundrechtecharta legt fest, dass niemand „in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen oder an einen Staat ausgeliefert werden (kann), in dem für sie oder ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung besteht“.


Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen beim Schutz ihrer Außengrenzen diese Flüchtlingsrechte beachten, die dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zufolge auch außerhalb des eigenen Staates gelten. Rechtlich und faktisch ist es aber für den Großteil der Flüchtlinge nahezu unmöglich, legalen Zugang zu internationalem Schutz zu erhalten. Die von Ihnen geforderte Bekämpfung des Schlepperwesens wird – so wichtig sie sein mag – nicht gelingen, solange die Betroffenen keine Chancen erhalten, auf sicherem Weg nach Europa zu gelangen: Die Realität zeigt vielmehr, dass die Schlepper immer gefährlichere Routen einschlagen und mehr Geld für die Überfahrt fordern. Nicht die Hilfsbedürftigkeit der Flüchtlinge ist dann das Kriterium,

sondern ihre finanziellen Möglichkeiten. Nicht Schutz wird ihnen gewährt, sondern ihr Leben wird aufs Spiel gesetzt.

Auch haben wir keinerlei Belege dafür, dass Seenotrettung einen zusätzlichen Anreizfaktor darstellt. Die Menschen, die sich auf diese gefährlichen Wege machen, tun dies aus einer ausweglosen Situation heraus aufgrund von Krieg und Verfolgung. Ein Rückgang der Seenotrettung durch die FRONTEX-Operation „Triton“ anstelle der im November 2014 eingestellten italienischen Rettungsaktion „Mare Nostrum“ hat keineswegs einen Rückgang der Flüchtlingszahlen zur Folge gehabt.

Dass die Innenminister in Kooperation mit den Außenministern auf eine Verbesserung der Lage in den Herkunfts- und Transitstaaten hinarbeiten, ist zu begrüßen. Solche Verbesserungen sind aber nicht in kurzer Zeit zu erreichen, sondern wirken nur langfristig. Die Konflikte in der Region sind schwer zu lösen und werden uns noch auf Jahre hinaus begleiten. Solange Kriege, Verfolgungen und Menschenrechtsverletzungen weiterhin massenhaft Menschen in die Flucht treiben, sind Seenotrettung und die Schaffung legaler Zugangswege wie Humanitäre Aufnahmeprogramme, Resettlement, die Erteilung humanitärer Visa und erweiterte Familienzusammenführung das Gebot der Stunde.

Wir appellieren an Sie, Herr Minister:

- Setzen Sie sich umgehend für eine wirksame europäische Seenotrettung ein. Zeigen Sie, dass wir in Deutschland dabei eine Vorreiterrolle einnehmen können.
- Überprüfen Sie das Visaregime: Schaffen Sie schnellere Verfahren und humanitäre Visa im Rahmen des neu aufgelegten Visakodex.
- Fördern Sie die Umsiedlung von Flüchtlingen aus den stark geforderten Anrainerstaaten (weitere Humanitäre Aufnahmeprogramme, Resettlement, erweiterte Familienzusammenführung), auch in Kooperation mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten. 

Der hier leicht gekürzt wiedergegebene Aufruf wurde initiiert von **Prof. Dr. Petra Bendel**, **Prof. Dr. Heiner Bielefeldt**, **PD Dr. Michael Krennerich** und **Prof. Dr. Markus Krajewski** von der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist zuerst erschienen in: Nürnberger Menschenrechtszentrum, 21.4.2015; <http://www.menschenrechte.org>.

Möchten Sie den Aufruf unterzeichnen, so schicken Sie eine E-Mail an buer0@menschenrechte.org.